Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Werktags v. Vorm. 8–3 Uhr Nachm., Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. Für Neustadt: Gr. Klostergs. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile kostet 8 Silben 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.; Doppelzeile unterm Strich (Eingesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Mosaiksatz oder nach Feiertagen 30 Pfg. Für Familiennachrichten 2c., bes. 30 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang. Dresden, 1895.

Meyer's Strapazir-Beinkleider für Herren und Knaben.
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

Photographische Apparate für Amateure.
Preislisten gratis und franco.
Carl Plaul,
Dresden, Wallstrasse 25.
Filiale: Amt I. No. 167.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Baby -Wäsche -Kleidchen -Jäckchen -Mäntel -Häubchen -Hütchen -Schuhchen -Lätzchen
Hermann Arndt, Bautznerstr. 46.

W. F. Seeger, Dresden-N.
Kasernenstrasse 31. Fernsprech-Amt II. Nr. 2155.
Champagner-Fabrik und **Weinhandlung**
(prämiirt mit königl. sächs. Staatspreis).
Niederlagen in allen grösseren Orten von Sachsen, neue werden jederzeit vergeben. Preislisten versende frei. — Telegr.-Adr.: Champagner Dresden.

Solide, elegante deutsche und **englische Tuchwaaren**
empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst **C. H. Hesse,** 20 Marienstrasse 20, Ecke Margarethenstrasse (3 Raben).

Nr. 271. Spiegel: Prof. Sohm über den christlichen Staat. Hofnachrichten. Sächs. Realschullehrer-Verein. Einkommensteuer. Verwaltungsbericht der K. Polizeidirektion. Rennen in Leipzig. Geistliche Musikaufführung. | Vermuthliche Witterung: Beständig, heiter. | **Sonntag, 29. Septbr.**

An die geehrten Leser!

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten" ist es nothwendig, die **Bestellungen** auf das

vierte Vierteljahr 1895

bei dem betreffenden Postamte **sofort** bewirken zu wollen, da andernfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Neulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Die Bezugsgebühr beträgt bei den **Kaiserl. Postanstalten** im Reichsgebiet **vierteljährlich 2 Mark 75 Pf.**, in Oesterreich-Ungarn **2 Fl. 53 Kr.** und im Auslande **2 Mark 75 Pf.** mit entsprechendem Postzuschlage.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Oesterreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Für **Dresden** nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Dienststunden Bestellungen zum Preise von **2 Mark 50 Pf.** (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

Neu- und Abbestellungen, sowie die Anzeigen über erfolgte **Wohnungsveränderungen** in Dresden, wolle man entweder **persönlich** anbringen oder **schriftlich** — nicht durch Fernsprecher — an die Geschäftsstelle gelangen lassen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten", Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

Der Kongreß für innere Mission, der zur Zeit in Posen versammelt ist, hat eine Ueberraschung gezeitigt. Der als Jurist und Theologe gleich ausgezeichnete Professor Dr. Sohm-Leipzig, dem von keiner Seite die Eigenschaft eines streng gläubigen Christen abgesprochen werden kann, ist nämlich mit Anschauungen über den christlichen Staat hervorgetreten, die gerade von dieser Seite wohl am wenigsten erwartet werden durften. Herr Professor Sohm gelangt zu seiner auffälligen Stellungnahme gegen den christlichen Staat von einem leitenden Gedanken aus, dem auch seine grundsätzlichen Gegner unbedingt beipflichten müssen, dem Gedanken, daß nichts unsittlicher sei und nichts der Ausbeutung der christlichen Ideen mehr schaden könne als ihre Verwerthung und Entwürdigung im Dienste politischer Machtzwecke. Unbestreitbar richtig ist es, wenn er betont, daß die Beibehaltung der heutigen Klassenherrschaft das Ziel politischer Parteien sei und daß der Christ seinem Gott und Heiland leben könne, wie auch das öffentliche Leben gestaltet sei. Damit soll offenbar gesagt sein, daß das Christenthum als solches nicht an irgend eine Staatsform oder an eine bestimmte Ordnung der wirthschaftlichen Verhältnisse unauflöslich gebunden ist. Ob absolute oder konstitutionelle Monarchie oder Republik, ob Aristokratie oder Demokratie, ob feudalistische, kapitalistische oder soziale Einrichtung des wirthschaftlichen Lebens, das Christenthum besteht doch weiter, unverändert in seinen erhabenen Lehren, unerschüttert in seinem göttlichen Ursprung, aus dem es eine übernatürliche Kraft schöpft, die seine Diener befähigt, auch unter den schwierigsten äußeren Verhältnissen an der Erfüllung der Aufgaben des Christenthums unentwegt zu arbeiten. Soweit wird Herr Professor Sohm allgemeine Zustimmung finden. Wenn er aber aus diesem Vordersatz die Folgerung zieht, daß jede wie immer geartete Gestaltung des öffentlichen Lebens für das Christenthum völlig gleichgiltig, daß eine so gut wie die andere sei, daß die Bekenner des Christenthums überhaupt keinen Einfluß auf die öffentlichen Dinge im christlichen Sinne üben sollten; wenn er endlich seine Meinung von der staatlichen und gesellschaftlichen Indifferenz des Christenthums in der prägnanten Forderung zum Ausdruck bringt: „Weg mit dem christlichen Staat!", so wird er alle Diejenigen gegen sich haben, die gerade in der Wiederherstellung des christlichen Staates die einzige Möglichkeit der Rettung aus den Gefahren der Gegenwart sehen. Wenn auch das Christenthum nicht begrifflich und nothwendig mit irgend einer bestimmten Form der weltlichen Erscheinungen verquickt ist, so läßt sich doch die Wahrheit nicht abstreiten, daß gewisse Verhältnisse in Staat und Gesellschaft mit dem christlichen Geiste nicht in Einklang zu bringen sind. Soweit aber solche Verhältnisse bestehen, hat das Christenthum auch die höhere Aufgabe, sie durch die ihm zugänglichen Mittel in einer dem christlichen Geiste entsprechenden Weise umzugestalten.

Es kann daher auch der Kirche nicht das Recht bestritten werden, innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches an der Lösung der heute alle Welt bewegenden sozialen Frage theilzunehmen, um eine Entscheidung dieses heißen Kampfes im christlichen Sinne und mit christlichen Waffen herbeiführen zu helfen. Wie weit allerdings die einzelnen Bekenner des Christenthums bei dem Herübergreifen auf das soziale Gebiet gehen dürfen, ohne sich einer Grenzüberschreitung schuldig zu machen, das ist eine offene Frage, über die im Wesentlichen der persönliche geistliche Takt, nöthigenfalls auch die kirchliche Disziplin zu entscheiden hat. In dieser Beziehung stehen sich innerhalb der christlich-sozialen Kreise die Richtung der „Alten" unter Stöcker's Führung und die „Jungen" unter der Leitung des Pfarrers Naumann gegenüber. An dieser Stelle ist seiner Zeit eine klare Stellungnahme gegen die zu weit gehenden Forderungen und die gefährlich in's Sozialdemokratische spielende Agitationsmethode des Pfarrers Naumann erfolgt. Mit eben so großer Entschiedenheit aber muß hier gegen das Extrem auf der anderen Seite protestirt werden, das Herr Professor Sohm vertritt. „Die Fragen des öffentlichen Lebens sind nicht Fragen der Liebe", sagt Professor Sohm. Das kann in dieser Allgemeinheit nicht zugegeben werden. Mit diesem Grundsatz würden wir auf wirthschaftlichem Gebiet ganz einfach auf den manchesterlichen Standpunkt kommen, der in dem ganzen wirthschaftlichen Organismus nur ein mechanisches Triebwerk erblickt und deshalb nichts darin findet, wenn die Schwachen unbarmherzig von dem Räderwerk der großen Maschine erfaßt und zermalmt werden. Wenn Herr Prof. Sohm dann fortfährt: „Die gesellschaftlichen Klassen begehren Recht, aber nicht Liebe, das Recht, das mit ihnen geboren ist", so wird man ihm die Frage entgegenhalten müssen: „Woraus fließt das Recht, das mit uns geboren ist?" Doch nur aus der Gerechtigkeit, diese aber beruht auf der Liebe, und die Liebe ist das A und O des christlichen Geistes. So geht also alles wirtliche Recht in seinem tiefsten Grunde auf das Christenthum zurück, und ganz unverständlich ist es, wie Herr Professor Sohm der Meinung sein kann, daß der Mangel eines „christlichen Rechts" ein wünschenswerther Zustand sei. Die ganze moderne Sozialgesetzgebung ist ein Ausfluß des christlichen Geistes und als solche „christliches Recht". Kann denn ein Mann wie Professor Sohm im Ernst glauben, daß solche Reformwerke etwa in der heidnischen Römerrepublik möglich gewesen wären? Das heidnische Rom war ja der Juristenstaat kat' exochen. Das Corpus juris, die große römische Gesetzsammlung, sagt mit prunkenden Worten, daß „die Gerechtigkeit der unbeugsame und stetige Wille sei, einem Jeden sein Recht zu Theil werden zu lassen". Was aber bewirkte dieses Recht ohne Liebe? Eine erbarmungslose Kapital- und Herrenwirthschaft, verbunden mit der Verdammung des größten Theils der Menschheit zum Sklavenjoche. Das Christenthum erst lehrte, daß alle Menschen Brüder seien, weil es die Liebe hatte, und daß jeder Mensch ohne Ausnahme einen Anspruch habe auf die Rechtspersönlichkeit. Hätte das Christenthum darauf verzichtet, mit dem Sauerteig seiner Lehren das öffentliche Leben allmählich zu durchdringen, so schmachteten noch heute Millionen in Sklavenketten. Schon allein dieser eine Grund aber wäre genügend, um Herrn Professor Sohm mit seinem Rufe: „Weg mit dem christlichen Recht!" in's Unrecht zu setzen. Nein, die immer weitere Ausgestaltung des Rechts im christlichen Geiste ist gerade eine der Hauptaufgaben der Zukunft, und die wahre Parole lautet: „Weg mit dem unchristlichen Recht".

Wie das christliche Recht, so der christliche Staat. Der eine soll das andere verwirklichen. Je klarer die Segnungen sind, die der christliche Staat einem Volke bringt, desto weher thut es, von so autoritativer Seite den Kriegsruf gegen eben diesen Staat erschallen zu hören. Vollends unerträglich ist die Behauptung, daß die Folge des christlichen Staates der 40er und 50er Jahre die — Sozialdemokratie sei! Die beste Kritik der Sohm'schen Rede ist übrigens ein Vergleich mit früheren Auslassungen, die er im Jahre 1887 in der „Allg. Kons. Monatsschrift" veröffentlicht hat. Dort wird u. A. gesagt: „Aus der Entdeckung des 19. Jahrhunderts, daß die Materie Gott ist, ist eine furchtbare Moral hervorgegangen: der Kampf um's Dasein ist das Weltgesetz. Macht ist Recht. Diese Moral ist der Punkt, wo der Atheismus populär wird. Hier packt er die Volksmassen an ihren mächtigsten Instinkten. . . . Werden wir der Revolution des vierten Standes gegenüber widerstandsfähig sein? Diese Frage ist mit der anderen identisch: Werden wir widerstandsfähig sein gegen die Ideen des Materialismus?" Das heißt doch mit klaren Worten, daß dem überhandnehmenden wirthschaftlich-sozialen Einfluß des Materialismus nur durch Wiederbelebung des christlichen Geistes in der Staats- und Wirthschaftsordnung ein Paroli gebogen werden kann. Und heute verlangt derselbe Mann von derselben Gesellschaft geradezu einen Selbstmord, indem er von ihr das Aufgeben aller Bemühungen fordert, die auf die Wiederherstellung des christlichen Staates gerichtet sind!

Der Angriff Professor Sohm's gegen den christlichen Staat kam den Theilnehmern des Kongresses offenbar so gänzlich unerwartet, daß die gegnerischen Reden in der Ueberraschung nicht den richtigen Ton der Wiederlegung zu finden wußten. Selbst Stöcker brachte es nicht zu einer klaren und scharfen Hervorhebung des springenden Punktes, der Vertheidigung des christlichen Staates und einer scharfen Bestimmung seines Begriffes. Der christliche Staat verlangt, daß die Grundsätze der christlichen Ethik im staatlichen, rechtlichen und wirthschaftlich-sozialen Leben zur Geltung gebracht werden von einer christlichen Obrigkeit und einer von christlichem Geiste getragenen Gesetzgebung. Auf einem anderen Wege giebt es kein Heil für die moderne Menschheit. Wäre es wirklich vorbei, auf immer vorbei mit dem öffentlichen Einfluß des christlichen Geistes, dann schließt die Thore, die zum Tempel der Hoffnung führen, ihr alle, die ihr eine bessere Zukunft der menschlichen Gesellschaft erstrebt! Dann verhüllet euer Haupt, ihr edlen Priester der christlichen Lehre, die ihr in all' eurem Denken und Handeln nur von reiner Menschenliebe euch leiten laßt! Dann legt das Schwert aus der Hand, ihr Kämpfer alle, die ihr glaubt, daß der Christ nicht fatalistisch dulden, sondern muthig kämpfen müsse für die höchsten Güter der Menschheit! Dann erzittert aber auch, ihr Mächtigen und Geistesgewaltigen, die ihr ohne christliche Liebe die Menschheit regieren zu können wähnt, die ihr die soziale Revolution mit Hilfe einer „konfessionslosen" Staatsautorität bändigen zu können vermeint! Nein, ohne christlichen Staat keine gedeihliche Zukunft! An dieser Ueberzeugung der christlich gesinnten Kreise unseres Volkes vermag auch die gegentheilige Ansicht einer Autorität, wie es Herr Professor Sohm ist, nicht zu rütteln. Vielleicht wird Herr Professor Sohm selbst etwas bedenklich über seine dargelegten Ansichten werden, wenn er die Beifallskundgebungen liest, mit denen die ausgesprochen christenthumsfeindliche Presse seine Posener Rede begleitet. Der Jurist in Herrn Professor Sohm, so heißt es „Abend", habe den Theologen völlig überwunden. Sollte Herr Professor Sohm das selbst für einen Vorzug halten? Schwerlich! Im Uebrigen möge der christliche Staat angegriffen werden von welcher Seite immer: die Wahrheit bleibt doch bestehen, daß die Zukunft nur den Völkern gehört, die an Gott glauben und diesen ihren Glauben in ihren staatlichen und wirthschaftlichen Einrichtungen zur Geltung bringen, d. h. mit anderen Worten, die Idee des christlichen Staates verwirklichen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 28. September.

Berlin. Die feierliche Enthüllung des Denkmals der Kaiserin Augusta auf dem Opernplatz findet, wie der Kaiser bestimmt hat, am 21. Oktober statt. — Bei der heutigen Trauerfeier für den verstorbenen Geh. Ober-Medizinalrath Prof. v. Bardeleben legte der Leibarzt des Kaisers, Generalarzt Dr. Leuthold im Auftrage des Kaisers einen Kranz, der auf weißer Schleife die kaiserlichen Initialen trug, auf dem Sarge nieder. Kultusminister Dr. Bosse nahm an der Feier Theil, die sich zu einem imposanten Akte gestaltete. — Der russische Finanzminister Witte hat seinen Aufenthalt hierselbst verlängert. Es befestigt sich die Ansicht, daß er die Hilfe des deutschen Kapitals für russische Zwecke zu gewinnen sucht, sei es für eine neue Konvertirung, sei es für die Aufnahme einer russischen oder russisch-chinesischen Anleihe. — In der Zeit vom 1. April bis Ende August d. J. gelangten im Reiche einschließlich der kreditirten Beträge an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern zur Anschreibung: 279,739,014 M. (10,759,870 M. mehr als in demselben Zeitraume des Vorjahres). Die Reinnahme, abzüglich der Ausfuhrvergütung und der Verwaltungskosten, betrug 262,294,482 M. (8,544,747 M. mehr). Auch die Stempelsteuern hatten Mehreinnahmen, so die Stempelsteuer für Werthpapiere eine solche von über 3½, die Börsensteuer eine solche von 3½ Millionen M. — Heute fand eine Sitzung vom Verwaltungsrath und im Anschluß daran auch die ordentliche Generalversammlung der Kolonialgesellschaft für Südwestafrika statt. Der in der letzteren vorgelegte Geschäftsbericht stellte eine wesentliche Besserung der Gesellschaftslage und der Verhältnisse im Schutzgebiete fest. Für den aus dem Verwaltungsrath ausgeschiedenen Statthalter Fürst Hohenlohe-Langenburg wurde Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg gewählt. — Die „Nordd. Allg. Ztg." beschäftigt sich mit einem Artikel des Pastors Rauh in der Wochenschrift „Sozialpraxis" über die Landarbeiter-Frage und die evangelischen Geistlichen im Ostelbischen. Pastor Rauh verkündet in dem Aufsatze, daß das soziale Arbeitsfeld des Landgeistlichen auf dem Gebiete der Organisation des ländlichen Proletariats liege, und schreibt es dem Verdienste des evangelisch-sozialen Kongresses und der mit ihm verbundenen sozialpolitischen Konferenzen und Kurse zu, daß die evangelische Geistlichkeit in immer steigenderem Maße in die soziale Arbeit eingreife. Die „Norddeutsche" bemerkt dazu: Es ist von Interesse und auch praktisch förderlich, die Quellen und Hauptlehrstätten einer Bewegung aufgewiesen zu finden, deren Wesen in immer weitere Kreise dahin bestimmt werden wird, daß sie unsere Geistlichen der Beschäftigung mit den Aufgaben, auf die sie ihr Beruf verweist, mehr und mehr entfremdet und sie aus Schülern des Evangeliums zu Propheten der sozialistischen Schwärmerei und des wildesten politischen Dilettantismus macht. — Gegenüber der Nachricht, es wären bestimmte Beamten-Kategorien zum Umtausch 3½- und 4prozentiger Kautionspapiere veranlaßt worden, wird offiziös konstatirt, daß lediglich eine Verfügung vom Juni, wonach den Anträgen der Kautionssteller auf Umtausch von 4- und 3½proz. Konsols in 3prozentige bis auf Weiteres stattgegeben und den Beamten der verschiedenen Ressorts zur Kenntniß gebracht ist. — Der Gründer vom Weiend, Heinrich Lauffory, wurde vom Schöffengericht in Bunzlau wegen mehrerer Zechprellereien zu 1 Woche Gefängniß verurtheilt.

Köln. Es wird befürchtet, daß mit der nächsten Woche der ganze Rhein-Schiffsverkehr stockt. Die Wasserstandsnachrichten vom Oberrhein melden fortgesetztes Fallen.

Köln. Der Philologenkongreß wählte Dresden als nächsten Versammlungsort.

Elberfeld. In Dahlbecksbaum bei Velbert steckte ein Gelbgießer, nachdem er in der Trunkenheit seine Frau mißhandelt hatte und von dieser hinausgeworfen worden war, sein Haus in Brand. Zwei seiner schlafenden Kinder verbrannten, zwei andere wurden schwer verletzt. Der Thäter selbst trug lebensgefährliche Brandwunden davon.

Dortmund. In einer heute stattfindenden Versammlung der Stabeisenwalzwerke soll der Stabeisenpreis um mindestens 10 M pro Tonne erhöht werden.

München. Das Abgeordnetenhaus trat heute zur ersten Sitzung zusammen. Finanzminister v. Riedel legte das Budget vor. Das Jahr 1892 schloß mit einem Ueberschuß von über 15 Millionen, das Jahr 1893 mit einem solchen von ca. 5 Millionen M. Da die zweijährige Periode 1894/95 eine Heranziehung der Ueberschüsse nicht erforderte, so werden dieselben zur außerordentlichen Schuldentilgung verwendet. Das Budget 1896/97 balancirt mit ca. 343 Millionen M., ohne daß eine Steuererhöhung oder eine außerordentliche Anleihe nöthig wäre. Für Matrikularbeiträge sind 500,000 M. vorgesehen. Der Minister hob dann hervor, daß ein Beschluß auf Konvertirung der 4prozentigen Anleihe bisher nicht gefaßt worden sei. Die Maßregel wäre von so tiefeinschneidender Art, daß die Regierung nicht ohne Einwilligung des Landtags vorgehen könnte. (Bravo!) Die Vorarbeiten für die Reform der direkten Steuern näherten sich dem Abschluße. Die gesammte Lage der Finanzen sei befriedigend und ermögliche das Weiterarbeiten an der Wohlfahrt des Volkes unter gleichmäßiger Berücksichtigung aller Interessen.

Wien. Ein Armeebefehl des Kaisers spricht anläßlich des Abschlusses der Manöver allen betheiligten Kommandos, Behörden und Truppen volles Lob für die befriedigenden Leistungen aus und äußert die hohe Genugthuung des Kaisers darüber, daß die Erinnerung an das Schaffen und Streben des unvergeßlichen Erzherzogs Albrecht tiefempfunden fortlebt und wirksam geblieben ist.

Genua. Heute erfolgte die Betriebseröffnung der Theilstrecken der von der Allg. Elektr.-Gesellschaft in Genua erbauten elektrischen Bahn und zwar nach dem Campo Santo und nach dem Theil des Bisagno, sowie der gleichfalls elektrisch betriebenen Drahtseilbahn nach Bel Regardo.

London. In Antisch in Armenien ereignete sich ein ernster Vorfall. Ottomanische Beamte sprengten das Gerücht aus, die Armenier beabsichtigten alle Muhamedaner zu ermorden. Daraufhin hielt die muselmännische Bevölkerung Haussuchung bei den

Weingrosshandlung H. Schönrock's Nachfolger
Dresden: Wilsdrufferstr. 11 u. Werderstr. 37. Chemnitz: Neumarkt, Ecke Weberg.
Detailverkauf und Probirstuben bei den Geschäftsstellen.